Muffel oder Champion?

Social Media Activity Index misst die Web-2.0-Aktivität der Bundestagsabgeordneten

(BS) Prof. Dr. Miriam Meckel/Christian P. Hoffmann) Facebook oder Twitter im Bundestag? Nur wenige Bundestagsabgeordnete nutzen Social-Media-Plattformen für einen Dialog mit Bürgern. Das ISPRAT-Projekt "Politiker im Netz" hat untersucht, wie Bundestagsabgeordnete Soziale Medien nutzen, um sich mit ihren Wählern zu vernetzen. Durchgeführt wurde die Studie vom Institut für Medien und Kommunikationsmanagement (MCM) der Universität St. Gallen.

Die Internetaktivisten der Unionsparteien verbündeten sich jüngst zum "Cnetz" – einem weiteren Verein für Netzpolitik, in diesem Falle für "bürgerliche und verantwortungsvolle". Zahlreiche Online-Beobachter reagierten kritisch bis spöttisch: Das gleichnamige analoge Mobilfunknetz stehe schließlich kaum für Innovation und Fortschritt. Und doch kann die Gründung als ein positives Zeichen der Auseinandersetzung mit Online-Medien in den Unionsparteien gewertet werden. Denn allzu oft erweisen sich gerade Unionspolitiker noch als regelrechte Internet-Muffel.

Grün-Rot "regiert"

Unsere aktuelle Studie "Politiker im Netz. Der Social Media Activity Index 2011 des 17. Deutschen Bundestags" zeigt, dass die Bundestagsabgeordneten der Unionsparteien gemeinsam mit jenen der Linkspartei das Schlusslicht bilden, wenn es um die aktive Nutzung der Sozialen Medien geht. Ähnlich wie in Baden-Württemberg regiert demnach im Social Web Grün-Rot: grüne und sozialdemokratische Abgeordnete sind im Durchschnitt besonders aktive Nutzer von Facebook, Twitter & Co.

Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, denn gerade die Bundeskanzlerin positioniert sich bei Analysen immer wieder als Königin der politischen Social Media-Nutzer. Und tatsächlich: *Angela Merkel* verfügt auf verschiedenen Plattformen über zahlreiche Fans, Follower oder Freunde. Unsere ISPRAT-Studie setzte sich darum zum Ziel, einen Schritt weiter zu gehen und die tatsächliche Nutzung der Sozialen Medien durch deutsche Bundestagsabgeordnete zu erkunden.

Über ein Jahr hinweg haben wir die Kommunikationsaktivitäten der Politiker gemessen. Betrachtet wurden neben Facebook und Twitter auch die VZ-Plattformen, XING, MySpace, Youtube, Flickr und Blogs. Neben einer durchschnittlichen Anzahl an Freunden oder Kontakten haben wir erhoben, in welcher Frequenz die Abgeordneten über zwölf Monate hinweg Statusmeldungen, Kommentare, Likes, Blogposts und Tweets absetzen oder Fotos und Videos hochladen. Unser Forschungsteam erstellte daraufhin einen Index, um all diese Aktivitäten über die mehr als 600 Abgeordneten des 17. Deutschen Bundestages hinweg vergleichbar zu machen.

Und siehe da: Laut dem "Social Media Activity Index 2011" heißt die Königin der Sozialen Medien nicht mehr *Angela Merkel*, sondern *Elke Ferner* (SPD), gefolgt von ihrem Parteifreund *Ulrich Kerber*. Beide setzen in hoher Frequenz Mitteilungen vor allem auf Facebook und Twitter ab. Diese Plattformen erweisen sich auch sonst bei den Abgeordneten als populär (Facebook: 277 Profile, Twitter: 219, MeinVZ: 169). Nur 42-46 Abgeordnete laden dagegen regelmäßig multimediale Inhalte auf Flickr und Youtube hoch oder veröffentlichen längere Texte auf ihren Blogs.

Merkel, Steinmeier, Gabriel

Unter den Spitzenreitern des Social-Media-Rankings finden sich viele bekannte Namen – *Angela Merkel, Frank-Walter Steinmeier* oder *Sigmar Gabriel* profitieren dabei vor allem von ihrer Prominenz und verfügen über ein stark ausgebautes Online-Netzwerk. Doch auch weniger verbreitete Namen positionieren sich unter den Champions der Social-Media-Nutzung – darunter die Berlinerin *Mechthild Rawert* (SPD), *Gabrielle Hiller-Ohm* (SPD) aus Lübeck oder der Thüringer *Patrick Kurth* (FDP). Diese besonders aktiven Nutzer schaffen "Kommunikationssynergien" zwischen unterschiedlichen Plattformen, indem sie etwa Tweets oder Blogposts auch auf Facebook veröffentlichen – das treibt die Aktivitätszahlen nach oben.



Prof. Dr. Miriam Meckel ist Direktorin des Instituts für Medien und Kommunikationsmanagement (MCM) der Universität St. Gallen.



Christian P. Hoffmann ist Assistenzprofessor für Kommunikationsmanagement am Institut für Medien und Kommunikationsmanagement (MCM) der Universität St. Gallen sowie Dozent an der Hochschule für Wirtschaft Zürich.

Fotos: BS/ISPRAT

Die gute Nachricht aus Sicht der Netz-Optimisten lautet dabei: Aktive Nutzer lassen sich tatsächlich auf eine Interaktion mit ihren Netzwerken ein, sie kommentieren, empfehlen und liken und antworten auch auf die Anmerkungen anderer. Schon frühere Studien postulierten einen demokratisierenden Effekt Sozialer Medien, indem ein direkter Austausch zwischen politischer Elite und Volk erleichtert wird. Die schlechte Nachricht lautet dagegen: gerade einmal ein Prozent der Bundestagsabgeordneten zählen zu diesen aktiven Nutzern Sozialer Medien. Zwar verfügen 66 Prozent über eine Präsenz auf den Web-2.0-Plattformen – ein Großteil davon pflegt seine Profile jedoch nur gelegentlich.

Um den Einfluss Sozialer Medien auf die politische Kommunikation verstehen zu können, reicht es darum nicht, nur die Anzahl der Profile oder Freunde zu zählen – die Frage ist: findet auf den neuen Plattformen tatsächlich ein politischer Austausch statt? Leisten die Sozialen Medien also einen positiven Beitrag zum demokratischen Diskurs? Unsere Untersuchung zeigt: Zwar kommunizieren nur wenige Abgeordnete wirklich im Alltag aktiv mit ihren Netzwerken. Wo aber diese Chance genutzt wird, findet tatsächlich ein lebendiger Diskurs statt. Abgeordnete haben also jede Chance, auch im Netz politisches Kapital aufzubauen.

Untersuchungsgegenstand waren nicht zuletzt auch mögliche Treiber der Social-Media-Nutzung. Ein signifikanter Einfluss besteht demnach zwischen Kommunikationsaktivität und dem Alter, der Parteizugehörigkeit und dem Wahlkreis der Abgeordneten. Am stärksten dabei der Einfluss des Alters: Je jünger ein Politiker oder eine Politikerin, desto aktiver nutzt er oder sie das Web 2.0. Die insgesamt geringe Aktivität der Abgeordneten hängt daher auch mit der Altersverteilung im Parlament zusammen. In der Regel bewegt sich das Alter hier zwischen 40 und 70 Jahren. Das Geschlecht der Parlamentarier hat dagegen keinen signifikanten Einfluss auf die Nutzungsintensität.

Strukturunterschiede

Im Durchschnitt kommunizieren Grüne und SPD besonders aktiv im Social Web, gefolgt von der FDP. Doch während die SPD vor allem von einer Gruppe besonders aktiver Web-2.0-Champions profitiert, ist die Nutzung von Facebook, Twitter & Co. unter den Grünen und auch bei der FDP ein weit verbreitetes "business as usual". Schließlich zeigt sich auch: Vertreter urbaner Wahlkreise sind besonders aktiv im Netz unterwegs, gefolgt von jenen ländlicher Wahlkreise. Vertritt ein Abgeordneter dagegen einen strukturschwachen Wahlkreis mit einer niedrigen Beschäftigungsquote und einem hohen Durchschnittsalter, verhält er sich online eher zurückhaltend. Aus diesem Grund finden sich kleine Bundesländer wie Saarland, Berlin und Hamburg an der Spitze des Aktivitätsrankings, neue Bundesländer wie Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen bilden dagegen das Schlusslicht. In einem nächsten Schritt des Forschungsprojekts soll durch eine Befragung herausgefunden werden, welche Bedenken oder Sorgen die Bundestagsabgeordneten von den neuen Medien fernhalten. Vielleicht wird das "Cnetz" dazu beitragen, das Interesse zumindest der Unionsvertreter zu steigern. Die Einrichtung der Internet-Enquete ist schon ein hoffnungsvolles Zeichen. Das Interesse am direkten Austausch mit Basis und Bürger nimmt unter den Abgeordneten spürbar zu. Sicher wirkt der Erfolg der Piratenpartei hier auch wie ein Weckruf. Wir stehen also nicht am Ende, sondern ganz am Anfang einer spannenden Entwicklung.

Über ISPRAT

ISPRAT steht für "Interdisziplinäre Studien zu Politik, Recht, Administration und Technologie". In dem Förderverein für Forschung in der Verwaltung arbeiten Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. ISPRAT entwirft für die öffentliche Hand praxistaugliche Strategien und Konzepte für die IT-gestützte Verwaltung. ISPRAT berät Politik und Verwaltung in Bund, Ländern und Kommunen und fördert den nationalen wie internationalen Erfahrungsaustausch zur Verwaltungsmodernisierung.

Weitere Informationen: www.isprat.net